



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage David Bonny / Violaine Cotting-Chardonrens
**Gefährdete Arbeitsplätze und Poststellen im Kanton
Freiburg**

2017-CE-78

I. Anfrage

Mit dieser Anfrage bitten wir den Staatsrat um Auskunft zum folgenden Thema:

Kürzlich hat die Post Einsparungen von etwa 30 % (!) bis zum Jahr 2020 angekündigt.

Die Poste setzt ihre Umstrukturierung fort, indem sie zum Leidwesen der Freiburgerinnen und Freiburger zahlreiche Arbeitsplätze streicht und Poststellen schliesst.

Die Post schreckt nicht mehr davor zurück, ihre Dienstleistungen von Postagenturen mit schlecht bezahltem Personal ausführen zu lassen, um Kosten zu sparen und ihren Gewinn zu steigern.

Kritische und erboste Stimmen gegenüber der Postdirektion erheben sich hier und in der ganzen Schweiz. Ein Zeichen dafür sind die zahlreichen politischen und öffentlichen Vorstösse.

Die Bevölkerung ist verärgert über die Haltung der Postdirektion.

Es ist an der Zeit, einzugreifen, damit wir nicht schon bald vor vollendeten Tatsachen stehen.

Aus diesem Grund fragen wir den Staatsrat:

1. Steht der Staatsrat in Kontakt mit der Postdirektion, um die Lage im Kanton Freiburg zu besprechen?
2. Wie steht es mit den Arbeitsplätzen und Poststellen, die im Kanton zurzeit noch bestehen? Sind die Arbeitsplätze und Poststellen ernsthaft bedroht? Wenn ja, welche Poststellen?
3. Wie geht der Staatsrat vor, um die Arbeitsplätze und Poststellen im Kanton Freiburg zu erhalten?

30. März 2017

II. Antwort des Staatsrats

Einleitend möchte der Staatsrat unterstreichen, dass er die Sorgen von Grossrat Bonny und Grossrätin Cotting-Chardonnens teilt. Er verfolgt die von der Post geplante Gesamtstrategie sehr aufmerksam und zwar insbesondere, was die Gewährleistung der postalischen Grundversorgung der Bevölkerung nach Verfassungsauftrag betrifft. Denn es handelt sich dabei um einen wichtigen Bestandteil für unser föderalistisches System und die Gleichbehandlung der Regionen.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Staatsrat die Fragen der Grossräte wie folgt:

- 1. Steht der Staatsrat in Kontakt mit der Postdirektion, um die Lage im Kanton Freiburg zu besprechen?*

Schon seit mehreren Jahren trifft sich die Delegation für das Wirtschafts- und Finanzwesen des Staatsrats, die sich aus den Vorstehern der Finanzdirektion, der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion sowie der Volkswirtschaftsdirektion zusammensetzt, regelmässig mit Vertretern der Postdirektion zum Informationsaustausch.

Beim Treffen vom 30. Januar 2017 hat der Staatsrat zum wiederholten Mal darauf gepocht, dass die postalische Grundversorgung gewährleistet bleibt. Der Staatsrat geht davon aus, dass der Zugang zu den Postdienstleistungen in allen Freiburger Gemeinden unabhängig von ihrer Grösse und geografischen Lage gewährleistet werden muss. An der Sitzung hat er sich auch dafür eingesetzt, dass die Post die Arbeitsplätze im Kanton beibehält.

Die Delegation des Staatsrats hat die Postdirektion ferner darauf aufmerksam gemacht, dass der Kanton Freiburg ein sehr dynamischer Kanton mit einem starken Bevölkerungswachstum ist. Er möchte zudem, dass der Kanton im Rahmen der geplanten Veränderungen gleich behandelt wird wie die anderen Regionen.

- 2. Wie steht es mit den Arbeitsplätzen und Poststellen, die im Kanton zurzeit noch bestehen? Sind die Arbeitsplätze und Poststellen ernsthaft bedroht? Wenn ja, welche Poststellen?*

Die Strategie der Post sieht eine landesweite Reduktion der Poststellen von derzeit 1400 auf 900 im Jahr 2020 vor. Im gleichen Zeitraum soll die Zahl der Postagenturen von 800 auf 1200 gesteigert werden. Die Agenturen werden mit wenigen Ausnahmen alle Dienstleistungen der Poststellen übernehmen. Im Kanton Freiburg ist die Zahl der Poststellen von 77 im Jahr 2013 auf 64 gesunken. Die Zahl der Postagenturen ist gleichzeitig von 22 im Jahr 2013 auf 33 gestiegen.

Zurzeit arbeiten im Kanton Freiburg 412 Personen in den Poststellen und im Verkauf. Sie teilen sich 291 Vollzeitstellenäquivalente. Insgesamt beschäftigt die Post über tausend Personen im Kanton (1106 Personen am 31. Dezember 2015).

Die Umsetzung der neuen Strategie der Post wird zweifellos auch Auswirkungen auf den Kanton Freiburg haben.

- 3. Wie geht der Staatsrat vor, um die Arbeitsplätze und Poststellen im Kanton Freiburg zu erhalten?*

Der Staatsrat ruft in Erinnerung, dass die Post die betroffenen Gemeindebehörden anhören muss, wenn sie eine Poststelle schliessen oder die Postdienstleistungen einer Postagentur übertragen will.

Ausserdem muss sie versuchen, mit den Gemeinden eine einvernehmliche Lösung zu finden. Kommt keine solche Lösung zustande, kann die betroffene Gemeinde innerhalb von 30 Tagen nach Eröffnung des Entscheids der Post die Eidgenössische Postkommission (PostCom) anrufen.

Die PostCom prüft den Fall und gibt der Post innerhalb von sechs Monaten eine Empfehlung ab. Diese fällt ihren definitiven Entscheid unter Berücksichtigung der Empfehlung.

Der Staatsrat wird die Postdirektion ein zweites Mal treffen. Bei dieser Gelegenheit wird er darauf bestehen, dass die oben erwähnten Forderungen beachtet werden, ohne jedoch direkte Verhandlungen mit der Post über die Zukunft der einzelnen Poststellen im Kanton aufzunehmen.

Zudem hat der Staatsrat am 14. Februar seine Sorgen in einem Schreiben an die Post nochmals verdeutlicht. An der Maisession 2017 hat der Grosse Rat hingegen die Motion von Grossrätin Sylvie Bonvin-Sansonnens und Grossrat Simon Bischof abgelehnt. Dieser parlamentarische Vorstoss verlangte, dass der Kanton Freiburg im Bundesparlament eine Standesinitiative einreicht. Diese soll es den Gemeinden, deren Poststellen wegen mangelnder Rentabilität gefährdet sind, ermöglichen, einen finanziellen Beitrag zu leisten, um ein allfälliges Defizit der Poststelle zu decken.

Der Kanton Freiburg hat ferner in einem Schreiben der Westschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK-WS) vom 31. März an die Direktion der Post seine Meinung dargelegt und die folgenden Punkte besonders hervorgehoben: Wahrung der Qualität der Dienstleistungen für Private und Unternehmen, Besorgnis um den Erhalt der Arbeitsplätze, Notwendigkeit von Verhandlungen mit den Gemeinden, Forderung nach genaueren Angaben und Fragen zum Ausmass und Tempo der von der Post verfolgten Strategie.

Eine Delegation der Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren wurde am Nachmittag des 11. Mai 2017 von der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerats (KVF-S) zu einer Anhörung zum Thema „Die Schweizerische Post AG“ empfangen. Diese Delegation bestreitet nicht, dass sich das Postnetz an die Entwicklung der Kundengewohnheiten anpassen muss. Sie hält aber die Informationspolitik der Post gegenüber den Gemeinden immer noch für ungenügend. Sie verlangt insbesondere, dass die Post das Dienstleistungsangebot aufrechterhält, das Netz an Servicepunkten ausbaut, die Arbeits- und Ausbildungsplätze aufrechterhält, gleichwertige Arbeitsbedingungen gewährleistet und die regionalen Aspekte sowie die kantonalen Richtpläne besser berücksichtigt.

30. Mai 2017